



Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Verletzung des Neutralitätsgebots im Bundestagswahlkampf 2017: Fälle von direkter und indirekter Wählerbeeinflussung durch staatliche Instanzen in Thüringen?“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/4414 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Jenaer SPD-Oberbürgermeister Schröter hat jüngst, nämlich am 24. Juli, in einem Brief an die Jenaer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilräte für ein sogenanntes Fortbildungsangebot geworben. Dabei geht es um den Bundestagswahlkampf, auf den Herr Schröter ausdrücklich hinweist. Genauer geht es darum, die Adressaten auf Linie zu bringen, auf Linie im sogenannten Kampf gegen rechts, der – ich sagte das von diesem Pult bereits einmal – immer mehr zu einem Kampf gegen das Recht verkommt und pervertiert. So auch hier, denn dieses Fortbildungsangebot ist eine, zumal schlecht getarnte, rechtswidrige Einmischung eines SPD-Amtsträgers in den Bundestagswahlkampf. Auch die CDU steht da nicht hinten. Wir haben uns das Amtsblatt der Stadt Sonneberg mal angeschaut: Auch da auf dem Titelblatt der CDU-Direktkandidat, der Bürgermeister, zusammen mit Schwarzgeld-Schäuble. Offenbar erhofft sich der Direktkandidat, so Stimmen zu werben. Also auch das Amtsblatt in Sonneberg ...

Präsident Carius:

„Schwarzgeld-Schäuble“ – da bitte ich Sie doch, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen.
(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das kann der nicht!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich sage es nicht noch mal.

Auch der aus Steuergeldern mitfinanzierte Flüchtlingsrat Thüringen inszeniert gegenwärtig sogenannte Aktionswochen unter dem Motto „Gemeinsam gegen den Rechtsruck“. Welcher Rechtsruck, meine Damen und Herren, ist da wohl gemeint? Steht eine Revolution von rechts bevor? Sagen die Meinungsumfragen etwa einen Wahlsieg der NPD voraus? Ist vielleicht sogar Fritz Sauckel wieder auferstanden? Natürlich nicht. Den Rechtsruck, der gemeint ist, gibt es nur in den feuchten Fieberträumen der Flüchtlingsratsaktivisten und anderer seltsamer Antifanten.

(Beifall AfD)

Es geht nicht um einen Rechtsruck, sondern um die plumpe Agitation und den blanken Hass gegen bürgerliche, patriotische, liberale Positionen, also um Agitation gegen die AfD und um Agitation gegen die Vernunft und das alles finanziert der Thüringer Steuerzahler.

Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband hat gerade eine Veranstaltung durchgeführt, bei der man sich gar nicht erst die Mühe machte zu verschleiern, dass es um Agitation und Giftspritzei gegen die AfD geht. Gefördert wurde diese Wahlkampfveranstaltung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gegen die Vernunft vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, also auch vom Thüringer Steuerzahler. Ich habe übrigens versucht, mich da anzumelden, meine Anmeldung wurde leider zurückgewiesen.

Meine Damen und Herren, all das sind wenige Beispiele dafür, wie massiv in Thüringen durch staatliche und kommunale Amtsträger und wie mit Steuermitteln direkte und indirekte Wahlwerbung betrieben wird. Wir erinnern uns mit Grausen an die Demo- und Boykottaufrufe von Herrn Lauinger, für die ihn der Verfassungsgerichtshof zur Rechenschaft gezogen hat und verurteilte. Ein wegen Verfassungsbruch verurteilter Justizminister, meine Damen und Herren Ramelüringen, wie es leibt und lebt.

Es sind Beispiele dafür, wie in Thüringen regelmäßig und von oben gewollt gegen die Neutralitätspflicht und das geltende Recht verstoßen wird. Es ist dem Staat und den Amtsträgern aus gutem Grunde nämlich untersagt, in amtlicher Position für oder gegen bestimmte Parteien Wahlwerbung zu betreiben, aber in ihrem von politischer Einseitigkeit geprägten und angeblichen Kampf gegen rechts haben die herrschenden Funktionsträger jedenfalls in Thüringen jedes Augenmaß verloren. Sie meinen eine höhere Moral zu vertreten, die es angeblich rechtfertigt, auch gegen die Regeln des Rechts, nämlich gegen das Neutralitätsgebot, verstoßen zu dürfen. Genau das ist diese arrogante Selbstherrlichkeit, meine Damen und Herren, die ein gesellschaftliches Klima der Diffamierung und der Aggression erzeugt hat, über das sich jetzt alle wundern und dessen Opfer wir nach und nach alle werden. Der Präsident hatte eingangs in seinen deutlichen Worten darauf hingewiesen.

(Beifall AfD)

Sie sehen, es kommt nicht von ungefähr, dass der Vandalismus im Wahlkampf überhandnimmt. Gewaltsame Störungen von Wahlkampfveranstaltungen, Attacken auf Wahlkreisbüros und tätliche Angriffe auf Wahlkämpfer, das sind die Früchte parteilicher Einmischung von Altparteienamtsträgern in den Wahlkampf. Und da ist es durchaus einerlei, wer hiervon betroffen ist. Frau Rothe-Beinlich, auch wenn Sie betroffen wären, würde ich das bedauern, denn am Ende geht der Rechtsstaat vor die Hunde.

(Beifall AfD)

Feststeht, dass das die Geister sind, die auch diese rot-grüne Regierung gerufen hat.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja, ist klar!)

Es ist die rot-grüne Agitation auch aus den Amtsstuben und es sind die Steuergelder, die Rot-Grün für alle möglichen Kräfte ausgibt, die den heiligen, quasi religiösen Kampf gegen rechts zu führen vorgeben. Tatsächlich geht es dabei aber nur darum, blindwütig gegen jede bürgerliche, patriotische und liberale Position zu hetzen.

Diese Rechnung, meine Damen und Herren, wird nicht aufgehen. Schwarz-Rot-Grün wird sich da

nicht durchsetzen, denn die Leute draußen haben die Nase voll von diesem obrigkeitsstaatlichen Getue. Den Beleg dafür, meine Damen und Herren, werden Sie am 24.09.2017 im Fernsehen sehen, wenn die Bundestagswahlergebnisse gesendet werden. Vielen Dank.

(Beifall AfD)